

Der soziale Kahlschlag war gewollt! / Interview mit Werner Seppmann

Die von den Hartz-IV-Regeln verstärkten Ausgrenzungsprozesse und Verarmungstendenzen stellen keine Umfälle dar. Sie waren von Beginn an gewollt. Ein Gespräch mit Werner Seppmann über seine Veröffentlichung über die langen Schatten von Hartz-IV: „Neoliberalismus, Prekarisierung und zivilisatorischer Verfall“

In ihrer neuesten Veröffentlichung skizzieren Sie einen Zusammenhang zwischen den sogenannten „Arbeitsmarktreformen“ der Schröderschen „Agenda-Politik“ und der Konstanz prekärer Beschäftigung, sowie der Verfestigung von Armuts- und Bedürftigkeitszonen, von denen nicht wenige durch Symptome eines zivilisatorischen Verfalls geprägt wären. Für die meisten Politiker und die tonangebenden Medien, gelten die vor gut 10 Jahren verabschiedeten Hartz-IV-Gesetze jedoch als „Erfolgsmodell“. Sie hätten dafür gesorgt, dass es „Uns so gut, wie schon lange nicht mehr“ ginge. Ist das nicht ein Widerspruch?

Das Hartz-Reglement ist fraglos ein Erfolgsmodell! Aber die Frage ist, für wen? Unbestreitbar ist, dass die sozialpolitischen Konterreformen einen wesentlichen Anteil daran haben, dass die Unternehmergewinne gestiegen sind, sowie eine eklatante Umverteilung von Unten nach Oben stattgefunden hat. Aber sie haben auch bewirkt, dass prekäre Arbeitsverhältnisse in einem noch vor zwei Jahrzehnten auch für konsequente Kapitalismuskritiker undenkbareren Umfang zugenommen und auch die Zonen der Bedürftigkeit sich ausgedehnt haben.

Wie konnte das Geschehen?

Mit Hilfe entsprechender Gesetze ist ein Sektor unterprivilegierter Beschäftigung geschaffen worden. Es wurden die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass beispielsweise in der BRD-Fleischindustrie Löhne von unter 5 Euro gezahlt werden konnten und sich – wie französische Gewerkschafter es formuliert haben – ein „modernes Sklavensystem“ entwickeln konnte.

Prekäre Beschäftigung gibt es in Deutschland in einem Umfang, wie in keinem anderen entwickelten Industrieland: Fast 25 Prozent aller Lohnabhängigen arbeiten mittlerweile zu ruinösen Bedingungen. Ihrer Beschäftigungsverhältnisse sind unsicher und schlecht bezahlt. Viele der in diesen Zonen der „Überausbeutung“ (um einen Begriff von Marx zu benutzen) gestrandeten gehören zu den „arbeitenden Armen“, d.h. dass sie trotz eines Vollzeitjobs von ihrer Arbeit nicht leben können.

Wie sehen die Folgen dieser Veränderungen konkret aus?

Prekäre Arbeit ist mittlerweile bis in die Zentren des Industriesystems vorgedrungen. Ihre Verallgemeinerung hat zu eklatanten Spaltungen der Belegschaften geführt. Zum Beispiel in der Automobilindustrie, die im Montagebereich drei Klassen von Beschäftigten kennt. Erhält bei einer

Vollzeittätigkeit ein Stammbeschäftigter 3.500 Euro Brutto, so ein Leiharbeiter 2.600 Euro. Die Beschäftigten auf der Grundlage von sogenannten Werkverträgen, die faktisch ein modifizierte Form der Leiharbeit darstellen, jedoch monatlich nur einen Brutto-Lohn von 1.300 Euro! Auf diesem Erbärmlichkeitsniveau von Werkverträgen arbeiten alleine in der bundesdeutschen „Vorzeigebbranche“ Autoindustrie 250.000 Lohnabhängige.

Wie ist es zu einer solchen Situation gekommen?

Gerhard Schröder, Initiator der sozialpolitischen Rückbildungsprozesse hat selbst vor einigen Jahren vor der internationalen Kapitalelite in Davos die Konsequenzen seiner „Agenda-Politik“ geschildert: In keinem vergleichbaren Industrieland sei ein so umfangreicher *Niedriglohnsektor* wie in die Bundesrepublik entstanden. Es hat das als „Erfolg“ seiner konsequenten „Arbeitsmarktreformen“ dargestellt.

Aber trifft es nicht zu, dass durch die Hartz-Gesetze auch neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und deshalb die Arbeitslosigkeit zurück gegangen ist?

Es sind tatsächlich neue Arbeitsplätze entstanden – aber zum größten nur in den prekären Zonen der Arbeitswelt. Zum Teil war ihre Entstehung sogar mit dem Abbau „regulärer“ Beschäftigungsmöglichkeiten verbunden. Vorrangig entstand „Arbeit“ zu fragwürdigen Bedingungen, d.h. die Zonen prekärer Beschäftigung dehnten sich beträchtlich aus. Deshalb zeichnen sich in Folge der sozialpolitischen Konterreformen der „Agenda“-Politik immer deutlicher die Konturen einer Armut- und Bedürftigkeitsgesellschaft ab – und zwar als *Grundtendenz*, die auch von konjunkturellen „Aufschwungstendenzen“ kaum abgemildert wird.

Es kann also nicht davon gesprochen werden, dass dieser Sog nach Unten, nur eine vorübergehende Erscheinung ist?

Die statistischen Erhebungen dokumentieren nicht nur eine konstante Armutsquote von fast 20 Prozent, sondern verzeichnen auch, dass eine nochmals so großes Bevölkerungssegment in Zonen gravierender Unsicherheit und latenter Bedürftigkeit lebt. Ein Absturz ist aufgrund der Fragilität der Sozillage jederzeit möglich. Vor allem wächst der Kreis der Betroffenen, für den die Armutslagen unüberwindbar scheinen. Immer häufiger wird Bedürftigkeit von den Eltern auf die Kinder „vererbt“.

Angesichts dieser Sachlage, drängt sich ja der Schluß auf, dass von der rot-grünen Bundesregierung eine Politik gegen die Interessen großer Bevölkerungsteile, letztlich auch, soweit es die Sozialdemokratie betrifft, gegen ihre eigenen Wähler gemacht wurde.

Ja so kann man das sagen! Und faktisch wird das ja auch von den Wählern ja auch so gesehen. Es ist kein Zufall, dass gerade ihre traditionellen Stammwähler aus dem unteren Etagen der Bevölkerungspyramide der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben und zu großen Teilen überhaupt nicht mehr

zur Wahl gehen. Die Grünen haben dieses Problem übrigens nicht – denn ihr Klientel gehört mittlerweile überwiegend zu den Gutsituierten!

Was ist aber die Motivation dieser abenteuerlichen Politik gewesen?

Schröders vorrangige Absicht war es, durch die Sicherstellung von Lohnstagnation und eine monetäre Umverteilungspolitik die deutsche Exportwirtschaft und die Kapitalinteressen insgesamt zu stützen: Spitzensteuersätze wurden gesenkt, die Erträge aus Firmenverkäufen wurden steuerbefreit und die Tür für Finanzspekulation weit geöffnet. Die andere Seite der Medaille war ein beispielloser Rückgang des Anteil der abhängig Beschäftigten am Sozialprodukt.

Hat es damals keine Gegenwehr gegeben?

In einem nennenswerten Umfang hat es das nicht gegeben, aber man muß in Rechnung stellen, dass die „Agenda 2010“-Politik unter Ausschluß der Öffentlichkeit konzipiert und putschartig durchgesetzt wurde. Dabei hat Schröders Berater-Kreis wohl den neoliberalen Einflüsterungen Glauben geschenkt, dass stagnierende Löhne der deutschen Exportwirtschaft zugute kämen. Dieses Kalkül ist auch aufgegangen: Deutschland ist auf Kosten vieler anderer Länder „Exportweltmeister geworden. Die (typisch neoliberale) Hoffnung, dass von den steigenden Gewinnen der Unternehmen alle profitieren würden, ist jedoch wieder einmal enttäuscht worden!

Waren dazu aber solch gravierende Einschnitte ins „Soziale Netz“ notwendig?

Von den Akteuren der „Agenda-Politik“ ist das als unvermeidlich angesehen worden. Denn die sozialpolitischen Konterreformen waren auch von der Absicht geprägt, in Erwartung noch schwierigerer wirtschaftlicher Zeiten das sozialpolitische Regulationsgefüge durch eine deutliche Verringerung des Leistungsvolumen - ohne zusätzliche „Belastungen“ für das Kapital - „Winterfest“ zu machen. Staatliche Unterstützungsleistungen wurden in der Tendenz auf das Niveau einer „Grundsicherung“ zurück geführt. Schon in naher Zukunft werden auch viele Renten auf dieses Bedürftigkeitsniveau abgesenkt sein. Sie werden sie sich auf einem Durchschnittslevel zwischen 30 und 40 Prozent der Einkommen der letzten Berufsjahre bewegen.

Gibt es Chancen für eine sozialpolitische Trendwende?

Bedauerlicherweise sieht es nicht so aus. Denn der soziale Abwärtssog ist ja strukturell abgesichert worden. Die „Rentenreformen“ sind festgezurr und die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen so verändert worden, dass sich die Leih- und Vertragsarbeit geradezu inflatorisch ausbreiten konnten. Der Mindestlohn, der zu begrüßen ist, kann nur als Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden. Letztlich wird mit ihm die erfolgte Neudefinition des Preises für abhängige Arbeit auf einem niedrigen Niveau sogar noch festgeschrieben!

Also Licht am Ende des Tunnels ist nicht in Sicht, Indizien für eine Trendumkehr kaum zu erkennen. Immer deutlicher kristallisiert sich heraus, dass die „Wohlstands- und Wirtschaftswunder“-Phase der Nachkriegsjahrzehnte nur Ausdruck einer historischen Sonderentwicklung war, die für den Kapitalismus nicht als typisch angesehen werden kann. Es darf ja nicht vergessen werden, um nur ein Beispiel zu nennen, dass trotz aller „Aufschwungtendenzen“ die Arbeitslosenzahlen, wenn wir die tatsächlichen und nicht die manipulierten Daten betrachten, sich gegenwärtig im Bereich von fast 4 Millionen bewegen. Dass in dieser Situation der „ökonomische Sachverstand“ davon spricht, dass wir auf dem Weg zur „Vollbeschäftigung“ wären ist nur ein weiteres Indiz dafür, wie bedenkenlose und (kapital-)interessenorientierte Argumentationspraxis diese intellektuellen Mietköpfe.

Welche langfristigen Konsequenzen hat diese Politik des Sozialabbaus?

Vorrangig die Verallgemeinerung von Verunsicherung, aber auch die Festigung einer resignativen Lebenseinstellung. Zum ersten mal seit Jahrzehnten ist eine Bevölkerungsmehrheit nicht mehr davon überzeugt, dass es den Kindern später einmal besser gehen wird.

Es muß aber auch von der Durchsetzung eines neuen Herrschaftsmodells durch die Vorgänge kollektiver Einschüchterung gesprochen werden, weil die Sorge vor dem sozialen Absturz sich verallgemeinert hat. Und zwar aus triftigen Grund, denn mit dem Hartz-Schlag ist eine soziale Abstiegsautomatik institutionalisiert worden. Wer Arbeitslos wird und nicht schnell wieder eine Beschäftigung findet, wird nach einer kurzen „Gnadenfrist“ auf das soziale Existenzminimum zurückgestuft und muß fast jede Arbeit zu fast jeden Preis und jede Bedingung annehmen. Eine soziale Abwärtsdynamik ist dadurch vorprogrammiert, denn wer einmal „aus dem Tritt“ geraten ist, hat immer seltener eine Chance seiner bedrückenden Soziallage wieder zu entkommen.

Sind das nicht eher zufällige Effekte?

Es gibt eindeutige Indizien dafür, dass die Erzeugung eines existenziellen Drucks von Beginn an beabsichtigt waren, um die Lohnabhängigen zu disziplinieren und zu einem angepassten Verhalten zu zwingen. Die systematischen Verunsicherung von Millionen Menschen entspricht der Logik des Neoliberalismus: Es bedarf einer Verallgemeinerung der Sorge vor dem sozialen Absturz um die Lohnabhängigen wirksam zu disziplinieren und ihren „Arbeitseifer“ zu stimulieren.

Ist von diesen Absichten bei der Einführung von Beginn an die Rede gewesen?

Eigentlich schon! Es wurde ja ausdrücklich gesagt, dass es gelte, die Beschäftigungslosen zu „Fordern“. Es sollte verhindert werden, so die Sprachregelung von Schröder, dass es sich jemand in der „sozialen Hängematte“ bequem machen könne.

Die „Aktivierung“ durch Verunsicherung entsprach der zentralen Absichten der „Arbeitsmarkt-reformen“! Sie sollten auch den Nachschub an Arbeitskräften für die Zonen einfacher Arbeit sicher

stellen. Traditionellerweise werden im Kapitalismus solche grundlegenden „Sozialisierungsprozesse“ durch die Inszenierung sozialer Entwurzelung voran getrieben.

Es galt „neue Subjekte“ für das Industriesystem zu „formatieren“, denn Arbeitsmarktpolitisch sind wir mit einer geradezu paradoxen Situation konfrontiert: Teile der Arbeitswelt sind hochtechnologisch geprägt, in der qualifizierte Beschäftigte benötigt werden. Davon mag es gegenwärtig sogar zu wenige geben. Stichwort „Facharbeitermangel“! Aber die High-Tech-Bereiche sind (sogar in zunehmenden Maße) von Zonen „einfacher Arbeit“ umstellt, für die eine wachsende Zahl williger und billiger Arbeitskräfte benötigt werden. Man denke etwa nur an die Lagerarbeiter des Internet-Versandhandels; die Vielzahl der zu ruinösen Bedingungen tätigen Auslieferungsfahrer oder die Zusteller bei den privatisierten Postdiensten. Um einen qualifizierten Facharbeiter, der in seinem bisherigen Berufsumfeld nicht mehr benötigt wird, in solche Beschäftigungsverhältnisse pressen zu können, muß er regelrecht „weichgeklopft“, also existenziell verunsichert werden. Dazu ist die Institutionalisierung der Demütigung, die den Namen „Hartz-IV“ trägt, „optimal“ geeignet. Ex-Vizekanzler Fischer hat mit seinem Eingeständnis den Nagel auf den Kopf getroffen, dass durch die „Arbeitsmarktreformen“ Veränderungen durchgesetzt werden konnten, die sonst nur „durch Kriege möglich“ wären!

Die sozialen Abwärtsentwicklungen sind also kein Zufall?

Wenn man die Augen vor der Realität nicht verschließt, kann es daran keinen Zweifel geben, dass sie beabsichtigt waren! Dabei spielt es auch keine Rolle, ob alle Konsequenzen der sozialen Kahlschlagpolitik intendiert waren. Aber sie sind mit der Durchsetzung der Sozialabbaukonzepte billigend in Kauf genommen worden. Letztlich ist ein Prozeß der Entzivilisierung in Gang gesetzt worden. Eine seiner Facetten ist die große Zahl der in Armutsverhältnissen lebenden Kindern, die sich seit Einführung der Hartz-IV Regeln verdoppelt hat! Es spricht Bände, dass mittlerweile jedes fünfte Kind in der BRD in Bedürftigkeitsverhältnissen lebt und Schaden an Geist, Seele und Körper nimmt – aber im Koalitionsvertrag der Merkel/Gabriel-Regierung dieser beschämende Zustand mit keinem Wort erwähnt wird. Niemand sieht also, wie es heute im Politikersprech heißt, einen „Handlungsbedarf“, um die Armutszustände zu bekämpfen!

Zur Person



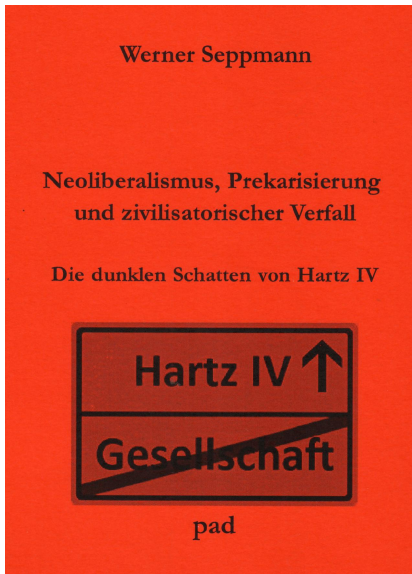
Werner Seppmann, Dr. Phil. Jg. 1950. Nach Berufstätigkeit Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie. Langjährige Zusammenarbeit mit Leo Kofler. Vorstandsmitglied und zeitweiliger Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal. Langjähriger Mit-Herausgeber der Marxistischen Blätter. Zusammen mit Ekkehard Lieberam Leitung des Projekts Klassenanalyse@BRD im Rahmen der Marx-Engels-Stiftung.

Zahlreiche Publikationen zur Sozialstrukturanalyse, Marxismusforschung, Ideologietheorie, Kritischen Gesellschaftstheorie, Klassenanalyse und Kulturosoziologie.

Letzte Buchveröffentlichungen:

Krise ohne Widerstand? (Erweiterte Neuauflage 2011), Subjekt und System. Der lange Schatten des Objektivismus (2011), Die Verleugnete Klasse. Zur Arbeiterklasse heute (2011), Risiko-Kapitalismus. Krisenprozesse, Widerspruchserfahrungen und Widerstandsperspektiven (2011), Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt (2012), Marxismus und Philosophie (2012), (Herausgeber) Ästhetik der Unterwerfung. Das Beispiel Documenta (2013), Kapitalismuskritik und Sozialismuskonzeption. In welcher Gesellschaft leben wir? (2013), Ausgrenzung und Herrschaft. Prekarisierung als Klassenfrage, Hamburg 2013, (Zusammen mit Erich Hahn und Thomas Metscher) Nebelwelten des Gesellschaftsbewußtseins. Über Marxismus und Ideologie (2015), Strukturveränderungen der Arbeiterklasse (im Druck), Kritik des Computers. Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen (in Vorbereitung)

Kontakt: wernerseppmann@aol.com



Werner Seppmann

**Neoliberalismus,
Prekarisierung und
zivilisatorischer Verfall**

Die dunklen Seiten von Hartz IV

73 Seiten, 5 Euro

INHALT: Negative Vergesellschaftung / Die Permanenz der Krise / Sozialer Sog nach Unten / Disziplinierung durch Einschüchterung / Intensivierung der Ausbeutung / Ausgrenzung und Anpassung / Kapitalismus und Krise / Widerspruchserfahrung und Gesellschaftsbewußtsein / Konstituierung einer neuen Unterklasse / Entsolidarisierende Spaltungslinien / Institutionalisierte Randständigkeit / Psychosoziale Verfallprozesse / Selbstbeschädigender Handlungszwang / Vergesellschaftungskrise und Zivilisationsverlust / Dynamik des zivilisatorischen Verfalls / Was tun?

Die von Hartz-IV-Reglement verstärkten Verarmungstendenzen und Ausgrenzungsprozesse stellen keine „Unfälle“ dar. Sie waren von Beginn an beabsichtigt!

Innerhalb einer bemerkenswert kurzen Zeitspanne haben sich die Sozialverhältnisse in den kapitalistischen Kernländern dramatisch verändert. Auch in den ehemaligen „Wohlstandsgesellschaften“, ist ein sozialer Abwärtssog unübersehbar geworden, der immer weitere Schichten erfaßt.

Die Armutsquote bewegt sich in der Bundesrepublik auf die 20 Prozentmarke zu. Und eine noch einmal so große Gruppe ist beständig vom sozialen Absturz bedroht. Zu ihnen gehören auch die mehr als 3 Millionen Lohnabhängigen, die trotz einer Vollerwerbsstelle von ihrer Hände Arbeit nicht leben können.

pad-verlag – Am Schlehdorn 6 - 59192 Bergkamen / pad-verlag@gmx.net

Veröffentlichungen im Rahmen unseres "Ökonomischen Alphabetisierungsprogrammes"

Empörte Ökonomen. Eine Streitschrift von Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak u. Thomas Coutro

Wolfram Elsner: „Neoliberaler“ Kapitalismus versus Demokratie
Finanzkrise, Systemkrise – und warum der degenerierte Finanzkapitalismus selbst mit formaler Vertretungsdemokratie unverträglich geworden ist.

Heinz-J. Bontrup: Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen

Günther Moewes: Dilettantismus oder Komplizenschaft? und „Das kleine Lexikon der ökonomischen Sprachtäuschung“

Wolfram Elsner: Wirtschaftswissenschaften – Realität – Politik
Der Beitrag des ökonomischen Mainstream zum Kasino-, Krisen- und Katastrophen-Kapitalismus – und Perspektiven der heterodoxen Ökonomik

Ekkehard Lieberam: Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie

Heinz-J. Bontrup: Wo geht es hier bitte zur Marktwirtschaft? - Marktwirtschaftliche Ordnung, Wettbewerb und Wirtschaftsmacht

Heinz-J. Bontrup / Mohssen Massarrat (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung jetzt!
30-Stunden-Woche fordern!

Wolfram Elsner: Die Menschheit in der Falle einer „unmöglichen“ Profitrate oder: „Neoliberaler“ Finanzkapitalismus versus Demokratie und weitere menschliche Entwicklung

Ekkehard Lieberam: Weltwirtschaftskrise als Zeitenwende – Krise ohne Ende?

Günther Moewes: Arbeitswende – Die Überwindung des Beschäftigungsstaates

Albert F. Reiterer: Der Euro und die EU. Zur Politischen Ökonomie des Imperiums

Ekkehard Lieberam: Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft
- Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben

Albert F. Reiterer: Der Piketty-Hype – "Thegreat U-Turn. Piketty's Kapital und die neoliberale Vermögenskonzentration

Heinz-J. Bontrup: Pikettys Kapitalismus-Analyse. Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden

Albrecht Goeschel: EU-Sozialpolitik. Formierung einer Klassengesellschaft der billigen Arbeit

Albert F. Reiterer: Denkwende. Zur "Schlacht um den Euro"

Werner Seppmann: Neoliberalismus, Prekarisierung und zivilisatorischer Verfall

Albrecht Goeschel: Sozialbudget: Funktionselement für Exportexzess und Finanzkapitalismus

Die Hefte haben einen Umfang von 40 – 80 Seiten, Preis je 5.-- €